

vbb magazin

Januar/Februar 2016 • 55. Jahrgang

Der Bundeswehrbeamte

Zeitschrift des Verbandes
der Beamten der Bundeswehr

1/2

Herausforderung für die Demokratie – Politik contra Bürger?

Seite 12 <

Personalrats-
wahl 2016

Seite 32 <

57. dbb Jahres-
tagung in Köln



Jan Brenner

Neues Jahr – gleiche Themen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn Sie unser Magazin in den Händen halten, ist von dem neuen Jahr bereits ein Zwölftel vergangen. Und es ist so, als hätte die Atempause an Weihnachten und zwischen den Jahren nie stattgefunden.

Willkommen also im Alltag.

Für den Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) sind die nächsten Monate angereichert mit Herausforderungen. Alle unsere Aktivitäten werden überlagert durch die Personalratswahlen, die im Mai dieses Jahres stattfinden werden. Wir haben auf den Aufruf zur Inter-

essenbekundung einer Mitarbeit in den Personalräten ein überwältigendes, positives Echo erfahren. Allein für die aufzustellende Liste für den Hauptpersonalrat haben sich weit über hundert Kolleginnen und Kollegen gemeldet. Wir haben entschieden, alle Interessenten auf unsere VBB-Liste zu nehmen. In persönlichen Schreiben an die Kolleginnen und Kollegen haben wir um Verständnis dafür gebeten, dass natürlich nicht alle einen vorderen Platz für sich in Anspruch nehmen können. Aber ein jeder ist zur Mitarbeit aufgerufen, für jedes Mitwirken sind wir dankbar – egal an welcher Stelle. Jeder ist wichtig. Die Schulungen für die Mitglieder von Wahlvorständen haben begonnen. Mein herzlicher Dank gilt unseren jungen Pensionären Gerhard *Burmeister*, Wolfhard *Engler* und Rolf *Heep*, die mit all ihrem Wissen und ihrer Erfahrung diese Schulungen durchführen. Auch hier ist die Resonanz groß. Die durch den Bundesvorstand eingerichtete Arbeitsgruppe „Personalratswahlen“ hat bereits mehrmals getagt. Ihre Aufgabe ist die Koordinierung der Wahlen zu den Bezirks- und Gesamtpersonalräten sowie des Hauptpersonalrates. Mit tatkräftiger Unterstützung durch die Koordinatoren Steffen *Espig* und Frank *Bartz* laufen die vorbereiteten Maßnahmen auf Hochtouren.

Schon heute möchte ich Sie ermuntern, sich aktiv an diesen Personalratswahlen zu beteiligen. Durch Ihre Stimmabgabe haben Sie Einfluss auf die Zusammensetzung der Personalräte. Sie werden entscheiden, wer für Sie und Ihre Interessen eintreten soll.

> Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 0228.639960. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Chefredaktion:** Dr. Walter Schmitz. **Redaktion:** Christine Bonath, Jan Brenner. **Fotos:** dbb, fotolia, MEV. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder können die Zeitschrift durch den Verlag beziehen. **Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrissovergis, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif Nr. 57** (dbb magazin) und Nr. 41 (vbb magazin), gültig ab 1.10.2015. **Druckauflage:** dbb magazin: 594 378 (IVW 4/2015). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

ISSN 0521-7814

- > VBB im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich, MdB 4
- > VBB thematisiert Probleme im BAAINBw mit Abgeordnetem Bernd Siebert 5
- > VBB-Mitglied in den Bundestag berufen – Bundesvorsitzender besucht MdB Petra Rode-Bosse 6
- > Informationen aus erster Hand: Der VBB im Gespräch mit dem Präsidenten des BAAINBw 6
- > Schweigen ist Silber, Reden ist Gold! 8
- > VBB nimmt mit einer Delegation an der 57. dbb Jahrestagung in Köln teil 9
- > Durchlässigkeit der Laufbahngruppen bleibt erhalten – Erfolg für den VBB 9
- > Ein frommer Wunsch zur Nachwuchsgewinnung 10
- > § 56 Beamtenversorgungsgesetz und § 55 Soldatenversorgungsgesetz – Verfahren vor dem BVerfG bislang ohne Ergebnis 10
- > Personalratswahl 2016
Unser Kandidat für den Hauptpersonalrat im Interview mit dem vbb magazin 12
- > BAPersBw hat sich für Verselbstständigung entschieden! 14
- > Nah dran: Der Sprecher der Arbeitsgruppe Technik berichtet 14
- > VBB vor Ort bei den Kollegen der Bundeswehrfeuerwehr in Fritzlär 14
- > Besuch bei der Bundeswehrfeuerwehr in Kiel 15
- > VBB-Mitgliederwerbeaktion 2016 15
- > Aus unseren Bereichen und Landesverbänden 16
- > Personalnachrichten 30
- > Blutspendetermine März 2016 31

> dbb

- > 57. dbb Jahrestagung in Köln: Herausforderung für die Demokratie – Politik contra Bürger? 32
- > Der Fall des Monats 39
- > Branchentage zur Einkommensrunde 2016: Mitglieder diskutierten 40
- > Frauen in Führungspositionen: Regierung hinkt hinterher 42
- > Bundesverfassungsgericht: Willkür bei A-Besoldung beenden 42
- > Interview mit Klaus Dauderstädt, Willi Russ und Hans-Ulrich Benra 44

„Keine Reform der Reform“

Diese Aussage der Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, klingt mir noch heute in den Ohren. Nun ist die deutsche Sprache allgemein für ihre Vielfalt und ihren Variantenreichtum bekannt. Für jedes Wort, jeden Begriff gibt es sprachliche Variationen – ein weites Feld für Sprachgourmets. Was zurzeit rund um die Nachwuchsgewinnung und das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) läuft, nennt sich dann nicht mehr Reform, sondern „Nachjustierung“ oder „Evaluierung“. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Das Ergebnis ist das Gleiche. Wenn es in das politische Kalkül passt, sind Aussagen von gestern schnell vergessen. Da wird, wie im BAAINBw geschehen, um drei sogenannte „Leuchtturmprojekte“ herum eine neue Organisationsstruktur geschaffen, in der die besten Köpfe mitwirken sollen – die, die da sind, und die, die noch angeworben werden sollen. Nun sind ja organisatori-

sche Veränderungen per se nichts Schlechtes. Die Frage ist nur, wie das alles beim Empfänger der Botschaften ankommt. Gerade in Koblenz war man in den vergangenen Jahren ja einiges – und nicht immer Gutes – gewohnt. Wer erinnert sich nicht an die nicht nur mediale Schelte um die Beschaffungsvorgänge „G 36“ und das Transportflugzeug „A 400 M“?

Pauschal und undifferenziert ist damals auf die Beschäftigten des BAAINBw eingedroschen worden – der Sündenbock war identifiziert. Schnelle Antworten aber selten zutreffend. So sollte sich niemand in der Leitung des Verteidigungsministeriums wundern, wenn die Beschäftigten in Koblenz mehr als sensibel, fast Seismografen gleich, mittlerweile jede noch so feine Erschütterung in ihrem Arbeitsalltag wahrnehmen. Es ist die vornehme Pflicht von Personalräten, ihre Aufgaben als gewählte Vertreter der Beschäftigten in deren Interesse wahrzunehmen, sonst sind sie entbehrlich.

Wenn – wie durch die Ministerin verkündet – die Bundeswehr zu einem der attraktivsten Arbeitgeber deutschlandweit werden soll, dann gehören dazu unzweifelhaft starke und engagierte Personalräte. Der VBB unterstützt deshalb die Arbeit der Personalräte – nicht nur der in Koblenz. Es war ein positives Signal, dass Staatssekretärin Dr. Suder einen Brief der Vorsitzenden der drei Personalräte beim BAAINBw an die Bundesministerin der Verteidigung zum Anlass genommen hat, das Gespräch mit den Beschäftigtenvertretern zu suchen. Der VBB steht an der Seite der Beschäftigten in Koblenz und wir werden den Prozess – wie gewohnt – konstruktiv und kritisch begleiten.

Persönlich bin ich kein Freund sogenannter „neuer Medien“ wie Facebook. Und doch ist der Verband seit geraumer Zeit auch hier präsent. Die Nutzung dieser Plattform zur fast schon zeitaktuellen Weitergabe von Informationen und zum Diskurs mit den Mitgliedern und Interessierten hat sich als un-

eingeschränkt richtig erwiesen. Die Zahl der sogenannten „Follower“ wächst wöchentlich und die eingestellten Artikel und Berichte zu unseren verbandspolitischen Aktivitäten werden zum Teil von weit mehr als 5 000 Menschen gelesen. Wir sind Ihnen für Ihre Begleitung unserer Arbeit dankbar und betrachten Ihr Interesse als Verpflichtung und Ansporn in unserer Arbeit. Also gehen Sie über die Internetseite des VBB auf unsere Seite bei Facebook. Sie müssen kein Mitglied sein. Ich denke, ein Besuch lohnt sich.

Der VBB – Die Interessenvertretung für Beamtinnen und Beamte in der Bundeswehr. Wir sind für Sie da.

Herzlichst

Ihr



Wolfram Kamm

VBB im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich, MdB

Die Probleme in der Bundeswehr haben sich durch den Jahreswechsel nicht erledigt, insofern führte der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten

der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfram Kamm, ein erstes Gespräch mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich.

Thema war unter anderen die Kopfstärke der Bundeswehr. In den Medien wurde gerade vor Weihnachten von unterschiedlicher Seite die Forderung erhoben, die Umfangs-

zahlen bei der Statusgruppe der Soldaten anzuheben. Aufgrund der zahlreichen Auslandseinsätze sowie infolge der Beteiligung der Bundeswehr im Rahmen der Flücht-

lingshilfe müsse der militärische Personalumfang nach oben korrigiert werden. Von den zivilen Kolleginnen und Kollegen, die neben den angestammten Aufgaben ebenfalls zusätzliche Aufgaben bei der Bewältigung der Schutzsuchenden Menschen übernommen haben, ihre Arbeit jedoch still und leise im Hintergrund erledigen und seit Monaten doppelte und dreifache Arbeit leisten, ist wie immer keine Rede. Auch gab der VBB zu bedenken, dass eine Vielzahl von Soldatinnen und Soldaten mit Verwaltungsaufgaben betraut ist. Eine Rückführung zu den originären soldatischen Aufgaben könnte sicherlich zur Entspannung beitragen. Nicht umsonst gibt es die grundgesetzlich verankerte Trennung von den Streitkräften und der Bundeswehrverwaltung.

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses stimmte dem zu und erläuterte, dass eine Anfrage aus dem Parlament, wie viele Soldatinnen und Soldaten im BMVg auf zivilen Dienstposten sitzen, derzeit gar nicht beantwortet werden kann. Insofern soll es Anfang 2017 eine Evaluierung geben, der im Herbst 2017 dann eine entsprechende Personalstrategie folgen soll. Wir sind gespannt auf das Ergebnis!

Weiteres Thema waren die derzeitigen Unruhen im BAAINBw – siehe hierzu auch unser Gespräch mit MdB Siebert. MdB Hellmich sagte hierzu Sachaufklärung zu.

Da die Zeit nicht ausreichte, um alle Themen ausführlich zu erörtern, wurde vereinbart, das Gespräch zeitnah fortzusetzen.



VBB thematisiert Probleme im BAAINBw mit Abgeordnetem Bernd Siebert



Als Ende 2012 das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) aus der Taufe gehoben wurde, war von Anfang an klar, dass es eine gewisse Zeit dauern wird, ehe ein stabiler Ablauf hergestellt ist. Doch das Amt kommt einfach nicht zur Ruhe – erst die negative Presse im letzten Jahr, mit der die Kolleginnen und Kollegen alleine dastanden, und nun die Nachjustierung, wo doch eine Reform der Reform seitens der Verteidigungsministerin ausdrücklich nicht vorgesehen war.

Verständlich also, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verunsichert sind und sich ein gewisser Unmut breit macht – immerhin besteht das BAAINBw aus mehr als den drei Großprojekten. Auch lässt

natürlich die Übertragung der Verantwortung dieser drei Großprojekte auf das BMVg viele Schlüsse zu, sodass die erneute Unruhe nachzuvollziehen ist – zumal die Information hierzu auch nur über Umwege erfolgte.

Der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfram Kamm, suchte in diesem Zusammenhang das Gespräch mit dem Abgeordneten Bernd Siebert, um die Lage vor Ort darzustellen und mit dem Abgeordneten zu diskutieren. MdB Siebert ist das BAAINBw, vormals BwB, seit vielen Jahren gut bekannt, sodass wir hier einen sehr kompetenten Ansprechpartner haben, der sich für die Belange der Kolleginnen und Kollegen im BAAINBw nun auch in Berlin einsetzen kann. ■

VBB-Mitglied in den Bundestag berufen – Bundesvorsitzender besucht MdB Petra Rode-Bosse

Der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfram Kamm, nutzte seine erste Berlinreise in 2016 dazu, Frau MdB Petra Rode-Bosse an ihrer neuen Wirkungsstätte zu besuchen.

Unser Mitglied war Ende Oktober 2015 überraschend für den ausscheidenden Dirk Becker in den Deutschen Bundestag nachgerückt. Der VBB beglückwünschte die Kollegin zu ihrer neuen Aufgabe und wünschte ihr viel Erfolg. Auch machte der Bundesvorsitzende deutlich, dass es für die Kolleginnen und Kollegen in der Bundeswehr

nur von Vorteil sein kann, wenn eine ehemalige Angehörige der Bundeswehrverwaltung nun den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion bei Fragen rund um die Bundeswehr mit entsprechendem „Insider-/Fachwissen“ zur Verfügung steht – ist die Bundeswehr doch mit dem Nebenher von Beamtinnen/Beamten, Soldatinnen/Soldaten und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern etwas Besonderes und daher mit den anderen Ressorts nicht vergleichbar.

Es wurde vereinbart, im Gespräch zu bleiben. ■



Informationen aus erster Hand: Der VBB im Gespräch mit dem Präsidenten des BAAINBw

Im Hinblick auf die aktuellen Entwicklungen im BAAINBw passte der seit Längerem geplante Informationsaustausch hervorragend. Der Präsident des BAAINBw, Harald Stein, nahm sich die Zeit, dem Bundesvorsitzenden Kamm, dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dr. Liesenhoff und dem Bereichsvorsitzenden IX Milles seine Standpunkte zu erläutern. Er beantwortete auch die Fragen des VBB zu Personal, Außendarstellung des Amtes, Organisation und der absehbaren Zukunft des BAAINBw.

Aus Sicht des VBB als Interessenvertretung für die Beamten

der Bundeswehr ist erfreulich, dass auch dem mittleren und einfachen Dienst wieder die notwendige Aufmerksamkeit

gewidmet wird. Die Situation im gehobenen technischen Dienst bleibt nach wie vor schwierig.

Präsident Stein führte zu den kontrovers diskutierten organisatorischen Nachjustierungen aus, dass schon seit der Neugründung des BAAINBw beabsichtigt war, etwa ein Jahr nach stabilem Betrieb notwendige organisatorische Anpassungen umzusetzen. Diese werden nun identifiziert und realisiert. Im Einklang mit Staatssekretärin Dr. Suder sei sein Ziel, das BAAINBw in seiner Rolle zu stärken.

Ausgehend von der Bestandsaufnahme, die zwar von externen Beratern verfasst wurde, aber inhaltlich wesentlich auf der langjährigen Expertise der Kolleginnen und Kollegen



basiert, wurden viele zukunftsweisende Schritte zu mehr Transparenz gemacht. In der Presse wurde leider nicht das Engagement der Kolleginnen und Kollegen im BAAINBw und seinen Dienststellen thematisiert, sondern häufig polemisiert und problematisiert. Dennoch gibt es genügend Anlass, mit Stolz auf das gemeinsam Erreichte zu blicken. So erfolgten auf Grundlage der Bestandsaufnahme viele personelle Verstärkungen, die sonst in der Kürze der Zeit kaum möglich gewesen wären. Dies müsse in die aktuelle, teilweise kritische Lage-

bewertung der Kolleginnen und Kollegen stärker einfließen, betonte der Präsident des BAAINBw.

Große Aufmerksamkeit findet derzeit die geplante Projektmanagementorganisation (PMO), in der Personal für die Realisierung eines Mehrzweckkampfschiffs, eines taktischen Luftverteidigungssystems und einer Drohne zusammengefasst werden sollen. Sorgen und Befürchtungen wurden laut, dass das BAAINBw strukturellen Schaden nehmen könnte und das Personal in eine „Zweiklas-

sengesellschaft“ gespalten wird. Der Bereich IX hat hierzu kritisch berichtet. Präsident Stein warb im Hinblick auf die geplante Projektmanagementorganisation um Zuversicht, dass dortige Verstärkungen und positive Erfahrungen mittelfristig auf alle Projekte des BAAINBw übertragen werden sollen. Insofern gibt es keine grundsätzliche Strukturveränderung des BAAINBw.

Die Unterbringung, sprich Infrastruktur, ist ebenfalls ein Thema, was nahezu alle Amtsangehörigen über kurz oder

lang betrifft. Präsident Stein gab einen Überblick über Stand und Planungen am Standort Koblenz-Lahnstein. Es wird weiter kräftig investiert und modernisiert.

Nach der vorweihnachtlichen Aufregung fand das Gespräch in einer sachlichen und freundlichen Atmosphäre statt, die konstruktive Kritik zuließ und in der Anregungen aufgenommen wurden. Der VBB wird als Interessenvertretung für die Beamten der Bundeswehr den gesamten Themenkomplex weiter auf der Agenda behalten. ■

Schweigen ist Silber, Reden ist Gold!

„Das BAAINBw entwickelt sich weiter: Organisatorische Nachjustierungen werden vorbereitet.“ Diese harmlos klingende Meldung sorgte für erhebliche Unruhe am Rhein und Erstaunen an der Spree. Isoliert betrachtet ist eine „organisatorische Nachjustierung“ zunächst nichts Schlechtes, ganz im Gegenteil. Es sollen damit die zutage getretenen Mängel des massiven Umbaus von vor drei Jahren abgestellt werden. Allerdings ist die Wahrnehmung der Amtsangehörigen in Koblenz vielfach eine andere. Da stellt sich die Frage, warum das so ist.

Hierauf eine Antwort zu finden, ist nicht einfach, denn die Einschätzung, dass Planung, Rüstung, Politik kein Selbstzweck ist, findet sich an Rhein und Spree gleichermaßen. Ebenso der Anspruch, „Output“ generieren zu wollen für die Bundeswehr.

Unterhalb dieser Konsensebene wird es jedoch spannend. Einerseits besteht der politische Anspruch, nachhaltige Veränderungen zu erzeugen. Diese binden erfahrungsgemäß erhebliche Ressourcen und Zeit, da neue Prozesse in der Praxis „zum Laufen“ gebracht werden müssen, was externe Berater gerne mal vergessen. Andererseits besteht hinsichtlich der Ausrüstung der Bundeswehr erheblicher Nachholbedarf in kurzer Zeit. Verlässliche Bedarfsdeckung benötigt gleichermaßen Ressourcen und eine vernetzte Organisation. Was ist nun mit den Kolleginnen und Kollegen, die sich in diesem Spannungsfeld bewegen müssen?

Die überwiegende Zahl der Amtsangehörigen des BAAINBw ist einmal angetreten, unsere Soldatinnen und Soldaten bestmöglich auszurüsten. Dies ist seither Berufsethos, trotz Haushaltsnot

und umständlicher Vorschriftensituation, lange bevor Zielbilder und Leitbilder formuliert wurden. Mittlerweile jedoch fragen sich viele, worin denn nun die Kernaufgabe besteht: Umorganisieren oder Ausrüsten!

Hierin begründet sich die tiefe und ernste Besorgnis vieler Kolleginnen und Kollegen des BAAINBw, wie es weitergehen soll. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob aus der Vergangenheit tatsächlich gelernt (lessons learned) wurde oder ob nicht wieder, heftigem Termindruck geschuldet, überstürzt und abstrakt gehandelt wird (quick and dirty). Ergänzend hierzu sei die Lektüre der „Sonderbrille 1/15“ aus dem betroffenen VBB-Bereich IX empfohlen, die im Internet auf der Seite www.vbb-baaibw.de unter Publikationen abrufbar ist.

Aus der Entfernung mag diese Reaktion im ersten

Moment negativ erscheinen, bei näherer Betrachtung ist diese durchaus positiv zu werten, denn es geht um Identifikation der Kolleginnen und Kollegen des BAAINBw mit ihrer Arbeit und ihrem Arbeitsplatz.

Aus unserer Sicht ist ein kontinuierlicher Austausch angebracht, denn im Kerngeschäft des BAAINBw werden die Belastungen perspektivisch eher zunehmen. Die Forderung nach einer stabilen, zukunftsfähigen Struktur, die eine Fokussierung der Amtsangehörigen auf dieses Kerngeschäft erlaubt, ist durchaus legitim.

Als ihre Interessenvertretung wird der VBB den Dialog auf verschiedenen Ebenen führen und sich für die berechtigten Interessen der Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Was meinen Sie? Schreiben Sie uns unter: anregungen@vbb-bund.de ■

Herausforderung für die Demokratie – Politik contra Bürger?

VBB nimmt mit einer Delegation an der 57. dbb Jahrestagung in Köln teil

Die Frage, die dieses Jahr bei der dbb Jahrestagung im Vordergrund stand, lautete: Handelt die Politik/der Staat für oder gegen seine Bürger? Anhand der Flüchtlingsproblematik wurde

dieses Thema von allen Seiten beleuchtet und ausgiebig diskutiert. Da auch die Bundeswehr von der Thematik betroffen ist, konnte der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V.

(VBB) einmal mehr seine bis dato gemachten Erfahrungen in die Diskussion mit einbringen und hörte den verschiedensten Rednern, unter ihnen auch Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière genauestens zu.

Zum Schluss stimmten alle der Auffassung des Zweiten Vorsit-

zenden des dbb, Willi Russ, zu, welcher im Interview mit der „Rheinischen Post“ äußerte: „Um die mit dem Flüchtlingsstrom für den öffentlichen Dienst verbundenen Herausforderungen zu meistern, müssen Verwaltungsvorgänge vereinfacht und vor allem mehr Personal eingestellt werden.“ ■



Durchlässigkeit der Laufbahngruppen bleibt erhalten – Erfolg für den VBB

Am 5. November 2015 hat der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) am Beteiligungsgespräch mit dem Bundesministerium des Innern (BMI) zur Zukunft des Praxisaufstiegs teilgenommen und eindeutig Position zum Erhalt des Praxisaufstiegs bezogen – siehe hierzu auch unsere Berichterstattung über den Verlauf des Gesprächs im VBB-Magazin, November 2015, Seite 12.

Wir begrüßen deshalb, dass nach Abschluss der Ressortverhandlungen der Praxisaufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst erhalten bleiben wird.

Für den VBB war die Durchlässigkeit zwischen den Laufbahngruppen immer gelebter Leistungsbestandteil einer Verwendung im öffentlichen Dienst. Gerade in der größten Flächenverwaltung im Bundesdienst muss leistungsbereiten Kolleginnen und Kollegen die

Möglichkeit erhalten bleiben, sich – angepasst an die familiäre und/oder berufliche Situation – für höherwertige Verwendungen qualifizieren zu können.

Die Rahmenbedingungen für die aufgrund europäischer Rechtsprechung anzupassenden Zulassungsvoraussetzungen werden in den Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Bundeslaufbahnverordnung einfließen.

Das erforderliche Beteiligungsverfahren soll Anfang des Jahres 2016 eingeleitet werden.

Dass gerade der Praxisaufstieg für den mittleren Dienst weiter ermöglicht werden soll, ist auch unserer nachhaltigen Verbands politik zu verdanken. Wir werden Sie über den weiteren Verlauf zeitgerecht informieren.

VBB – die Interessenvertretung für Beamtinnen und Beamte in der Bundeswehr. ■

Ein frommer Wunsch zur Nachwuchsgewinnung

Hohe Einstellungsquoten für Beamte im Jahr 2016 – diese erfreuliche Botschaft war den Untiefen des Intranets der Bundeswehr zu entnehmen. Erfreulich deshalb, weil neue Kolleginnen und Kollegen die vorhandenen Strukturen stärken und das wertvolle Wissen und die vorliegenden Erfahrungen des vorhandenen Personals nicht verloren gehen. Dies ist nicht nur im Sinne der Bundesministerin der Verteidigung, sondern ein echter Silberstreif am nicht immer

heiteren Himmel der Bundeswehrverwaltung.

Allerdings macht eine gute Quote noch keine sichere Neueinstellung. Derzeit werden überall auf dem Arbeitsmarkt qualifizierte Neueinsteiger, Auszubildende, Quereinsteiger etc. gesucht und heftig umworben. Hinzu kommt, dass nicht jeder Bewerber, der sich für berufen hält, tatsächlich gerufen werden sollte, sprich, es muss eine ausreichende Anzahl an Kandidaten

pro Stelle vorliegen, wenn die Qualität eine echte Rolle spielen soll.

Wo steht da der zivile Teil der Bundeswehr? Dies kann man leicht im Selbstversuch herausfinden, allerdings ist das Ergebnis wenig erbaulich, gerade im Vergleich mit Mitbewerbern. Es ist gut, wenn sich die Bundeswehr selbst für attraktiv hält. Besser ist es aber, wenn potenzielle Einsteiger die Bundeswehr als attraktiv empfinden.

Der VBB wünscht sich deshalb eine attraktive Nachwuchsgewinnung mit aktuellen Informationen und den richtigen Schwerpunkten, damit die so dringend benötigte Klientel angesprochen wird. Auch sollte wieder eine ausgewogene Werbung zivil/militärisch erfolgen, denn diese Zielgruppen haben unterschiedliche Vorstellungen.

Vielleicht wird aus diesem frommen Wunsch ein Geschenk für uns alle! ■

§ 56 Beamtenversorgungsgesetz und § 55 Soldatenversorgungsgesetz – Verfahren vor dem BVerfG bislang ohne Ergebnis

In 2015 wurde dem Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) die Möglichkeit eingeräumt, zur Frage, ob § 55b Abs. 3 Satz 1 des Soldatenversorgungsgesetzes gegen Artikel 14 Abs. 1 und Art. 3 Abs. 1 GG verstößt, bzw. zur Frage, ob § 56 Abs. 2 des Gesetzes über die Versorgung der Beamten und Richter des Bundes (Beamtenversorgungsgesetz – BeamtVG) mit Artikel 33 Abs. 5 GG und Artikel 3 Abs. 1 GG vereinbar ist, Stellung zu nehmen. In den konkreten Fällen geht es darum, dass beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit einer Versorgung aus zwenstaatlicher und überstaatlicher Verwendung eine lebenslange Anrechnung bei

den Versorgungsbezügen stattfindet mit der Folge, dass die Kolleginnen und Kollegen ggf. schlechtergestellt werden, als wenn sie gar nicht ins Ausland gegangen wären.

Die Verfahren waren vom Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts für Ende 2015 terminiert worden. Wie man jedoch nun der Internetseite des Bundesverfassungsgerichts entnehmen kann, liegt noch kein Ergebnis vor. Der VBB hat am 8. Januar 2016 das Bundesverfassungsgericht angeschrieben mit der Bitte, uns mitzuteilen, wann mit einer Entscheidung zu rechnen ist. Sobald uns die Antwort dazu vorliegt, geben wir Bescheid. ■



Personalratswahl 2016 Unser Kandidat für den Hauptpersonalrat im Interview mit dem vbb magazin

Vier Fragen an den Spitzenkandidaten, Leitender Regierungsdirektor Stefan *Hucul*:

Herr Hucul, warum kandidieren Sie?

Ich glaube an die Notwendigkeit einer starken Personalvertretung, um Verbesserungen für die Beschäftigten zu erreichen und Belastungen zu vermeiden oder zu mindern. Die jüngste und wohl umfassendste Neuordnung der Bundeswehr aller Zeiten hat auch Wunden verursacht, fachlich funktionale und bei vielen betroffenen Menschen auch persönliche. Ich selbst kann mich nicht beklagen. Ich habe eine interessante Aufgabe übernehmen dürfen und konnte zudem ortsnah gefördert werden. Aber für viele Beschäftigte hat sich die Arbeitssituation und die Perspektive nicht verbessert oder sogar verschlechtert. Die Unsicherheit, die selbst im Ministerium entstanden war, und insbesondere der Umgang mit den Sorgen der Beschäftigten hatten mich seinerzeit dazu bewogen, im Personalrat meiner damaligen Dienststelle tätig zu werden. Ich würde gerne dazu beitragen, dass die Bundeswehr überall von ihren Beschäftigten als attraktiver Arbeitgeber erlebt wird.

Das militärische Personal hat exklusive Vertretungen wie den Gesamtvertrauenspersonenausschuss. Der Grundsatz der Inneren Führung wird gelebt und geschützt. Der Wehrbeauftragte, ein Beirat und diverse Einrichtungen haben die Zufrieden-

heit lediglich eines Teils der Belegschaft als Aufgabe. Der Hauptpersonalrat ist hingegen die zentrale Vertretung aller Beschäftigten. Nur hier können neben berechtigten Interessen der Uniformierten auch die Interessen des Zivilpersonals artikuliert und eingebracht werden. Für die Idee einer gemeinsamen Interessenvertretung kann ich mich begeistern. Dass der Verband mich angesprochen hat und mir zutraut, eine starke Stimme der Beschäftigten zu sein, ist mir Ansporn.

Was sind Ihre wesentlichen Zielsetzungen, wo sind Ihre Schwerpunkte? Welche Themen liegen Ihnen besonders am Herzen?

Nach der Reform ist vor der Reform. Und deshalb gilt es, aus den Fehlern der letzten Umbrüche zu lernen. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass die Menschen, die in der Bundeswehr dienen, bei Planungen für Veränderungen als Ausgangspunkt berücksichtigt werden. Es gilt, erbrachte Leistungen, vorhandene Fähigkeiten und dienstliche Erfahrungen zu schätzen und zu wahren, statt Planungen auf dem Reißbrett zu machen und diese den Menschen überzustülpen. Aufgaben müssen dort zugeordnet werden, wo die Bundeswehr bereits Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat, die diese Aufgaben wahrnehmen können.

Bemühungen – auch die amtsseitig durchaus vorhandenen – für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen intensiviert werden. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Gestaltung der Arbeitszeit und ein deutlicher Ausbau der Möglichkeiten des ortsunabhängigen Arbeitens.

Soweit bestehende Rahmenvereinbarungen mit dem Hauptpersonalrat einer besseren Gestaltung des Arbeitsplatzes entgegenstehen können, müssen Änderungen vorgenommen werden.

Interne Bürokratie und fehlende oder veraltete Arbeitsmittel belasten leider viele Arbeitsplätze der Bundeswehr. Hier gilt es, viel zu tun, um die Bundeswehr auch für die Beschäftigten als modernen Arbeitgeber erlebbar zu machen. Auch Vorgesetzte, die nach meiner Wahrnehmung im Regelfall um das Wohlergehen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bemüht sind, brauchen dabei Unterstützung. Von Konsumprodukten erwarten wir, dass sie ergonomisch und intuitiv bedienbar sind. Dies muss die Leitschnur für die Gestaltung der Arbeit in der Bundeswehr auf allen Verantwortungsebenen sein. Nach meiner Überzeugung müssen deshalb Regelwerke schlank und anwendungsfreundlich sein. Und auch dann genügt es nicht, die Beschäftigten mit einer Regelungssammlung im Intranet allein zu lassen.

Ein großes Thema ist und



bleibt der Binnenarbeitsmarkt Bundeswehr. Hier wird mein Engagement der Wahrung von Chancengerechtigkeit gehören. Der Gedanke eines einheitlichen, statusübergreifenden Personalkörpers ist dem Grunde nach nicht zu beanstanden. Dabei dürfen status- und laufbahnbedingte Besonderheiten und Anforderungen nicht aus dem Blick geraten. Es muss grundsätzlich möglich sein, Erfahrungen und Fähigkeiten statusübergreifend zu nutzen, um die Bundeswehr funktionsfähig zu halten. Wenn heute in großer Zahl Tarifbeschäftigte auf Dienstposten für Beamte verwendet werden, stellen sich selbstverständlich Fragen der Verbeamtung und der Nachbesserung der Personalplanung. Gleiches gilt für Angebote an ausscheidende Soldatinnen und Soldaten. Wichtig bleibt dabei, dass Laufbahnanforderungen eingehalten und Standards nicht abgesenkt werden. Ferner muss kritisch hinterfragt werden, welche Aufgaben, die heute militärisch wahrgenommen werden, ebenso von Zivilpersonal erfüllt werden können. Hier müssen auch Führungsfunktionen in den Blick genommen werden. Geschenke darf es in keine Richtung geben. Eine Bevorzugung mag einen oder wenige Menschen kurzfristig glücklich machen. Viele andere werden dadurch frustriert.

Wir brauchen einen Personalkörper, der Vielfalt zulässt und ein Mannschaftsgefühl entstehen lässt.

Schließlich gibt es Bereiche, die der besonderen Betrachtung bedürfen. Die Beispiele technischer Dienst und Feuerwehren zeigen, dass Attraktivität kein Selbstzweck, sondern entscheidend für die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr ist. Und das gilt für alle Beschäftigungsbereiche.

Mit Blick auf einen gemeinsamen Einsatz für die Interessen aller Beschäftigtengruppen und die sonstige militärischer Interessenvertretung im Alltag der Bundeswehr hielte ich einen zivilen Vorsitz im Hauptpersonalrat für ein starkes Signal an die Ressortleitung und die Beschäftigten.

Warum sind Sie geeignet für diese verantwortungsvolle Aufgabe?

Es werden vielfältige Aufgaben sein, denen sich der Hauptpersonalrat zu widmen und stellen hat. Als Kandidat des größten und erfolgreichsten Verbandes für Beamte der Bundeswehr möchte ich voranstellen, dass ich mich als zwar wichtiges, aber eben dennoch als Teammitglied in der Personalvertretung sehe. Als Basis für die Übernahme einer Vorstandsfunktion kann ich dabei auf das Vertrauen, die Stärke und die Unterstützung des Verbandes bauen, in dessen Bundesleitung ich integriert bin. Darüber hinaus geben mir die Willkommenssignale von Kolleginnen und Kollegen, die sich bereits viele Jahre engagiert und erfolgreich im Hauptpersonalrat für die Beschäftigten eingesetzt haben, absolutes Vertrauen, Teil einer starken Mannschaft zu werden.

Für diese Mannschaft will ich natürlich eine Verstärkung sein. Einzubringen habe ich

meine langjährige Erfahrung als Referent in verschiedenen Grundsatzverwendungen im Ministerium. Insbesondere aus meiner Tätigkeit in den Bereichen Besoldung, Organisation sowie Status- und Laufbahnrecht und den damit verbundenen Gesetzgebungsverfahren kenne ich die Arbeits- und Funktionsweise des Hauses und viele Akteure. Den politischen Bereich konnte ich als Referendar bei einer damals wie heute regierenden Fraktion des Deutschen Bundestages und im Rahmen einer Vertretung auch im Bundesministerium der Verteidigung erleben. Die Auswirkungen ministerieller Entscheidungen auf den nachgeordneten Bereich und seine Beschäftigten, insbesondere bei Aufgabenverlagerungen und -auslagerungen sind mir als Referatsleiter im Bundesamt für das Personalmanagement sehr präsent. Die Personalabrechnung, aus der ich nun komme, war dabei besonders betroffen.

Ich bin Jurist und sehe rechtliche Grenzen, die es zu respektieren gilt. Bis zu diesen Grenzen sollten aber bestehende Gestaltungsspielräume zugunsten der Beschäftigten – egal welcher Statusgruppe – auch ausgeschöpft werden. Als früheres Mitglied des Personalrats beim Bundesministerium der Verteidigung und in meinen dienstlichen Funktionen habe ich schon in der Vergangenheit vielfach klar Stellung bezogen. Mein persönliches Laufbahnziel habe ich dennoch erreicht. Das gibt mir die Freiheit, mich im Sinne aller Beschäftigten für attraktive Arbeitsbedingungen in der Bundeswehr einzusetzen.

Warum sollen die Wahlberechtigten zur Wahl gehen?

Die Bundeswehr hat sich verändert. Sie wird sich weiter verändern und sie muss

das auch tun. Ohne Personalvertretung gibt es keine Vertretung des Personals. Der Einzelne wird nicht wahrgenommen. Sicher werden auch bei geringer Wahlbeteiligung Personalräte gewählt. Aber wer wählt, stärkt seine Vertretung. Wer nicht wählt, signalisiert Gleichgültigkeit und Resignation, nicht den Funktionären, sondern der Amtsseite.

Ich fordere daher alle Beschäftigten auf, zur Wahl zu gehen, um ein Signal zu senden. Durch die Wahl zeigen Sie der Ressortleitung und den Dienststellenleitungen, dass Sie eine Beteiligung der Beschäftigten einfordern. Ihren Personalräten geben Sie Vertrauen und einen umso stärkeren Auftrag, sich für Sie einzusetzen. Machen Sie Druck! Und wählen Sie VBB!

> Zur Person:

Stefan Hucul

Leitender Regierungsdirektor im Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr
Geboren 1965 in Mühldorf am Inn
VBB-Mitglied seit 1995

1985–1987	Soldat auf Zeit in Landshut (Panzertruppe); Reserveoffizier
1987–1992	Studium der Rechtswissenschaften in München
1992–1994	Referendariat beim Oberlandesgericht München mit Wahlstation bei einer Fraktion des Deutschen Bundestages Zweite Juristische Staatsprüfung
1995–1996	Rechtsberater und Wehrdisziplinaranwalt bei der 1. Luftwaffendivision in Karlsruhe
1996–1998	Rechtslehrer an der Offizierschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck
1998–2013	Referent im Bundesministerium der Verteidigung in Bonn Verfassungs-/Notstandsrecht (R II 2 alt); Grundsatz Besoldungsrecht (PSZ III 1 alt); Organisation (Org 1); Status- und Laufbahnrecht (R I 1 alt); Grundsatz Wehrrecht (R II 1)
2013–2016	Referatsleiter im Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr Zentrale Aufgaben der Personalabrechnung
2016	Leitung der Unterabteilung Bezüge und Heilfürsorgeabrechnung im Rahmen einer Projektgliederung des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr
Sonstiges:	Mitarbeit an einem Kommentar (Walz/Eichen/Sohm, Soldatengesetz, erscheint 2016 in 3. Auflage) Ehem. Mitglied im Personalrat beim Bundesministerium der Verteidigung und Ersatzmitglied im Gesamtpersonalrat des Ministeriums (bis 06/2013) Mitglied Bereichsvorstand VIII